



NEWSLETTER

FÜR OLDENBURG UND DAS AMMERLAND



„Frühkindliche Bildung bleibt ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg!“

Moin!

BESSERE BILDUNG

Krippen und Kindergärten stärken

Gute Bildung kostet Geld, kein Zweifel. Schlechte Bildung allerdings kostet sehr viel mehr Geld. Frühkindliche Bildung ist zentraler Bestandteil einer weitsichtigen Bildungs- und Forschungspolitik, denn sie ist der Grundstein, auf dem dann aufgebaut wird. Natürlich sind Investitionen in Hochschulen und Forschungseinrichtungen immens wichtig. Gut ausgebildete Fachkräfte sind das Rückgrat des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Bildung im frühen Kindesalter, duale Ausbildung und attraktive Hochschulen gehen dabei Hand in Hand.

Seit Januar 2015 finanziert Niedersachsen eine 3. Fachoder Betreuungskraft in Krippengruppen mit mindestens elf belegten Plätzen. Das ist ein Schritt in die richtige Richtung. Bildung von Beginn an auf starke Füße zu stellen ist die

Voraussetzung, an Schulen und Hochschulen erfolgreiche Lehrarbeit leisten zu können.

Die CDU indes beruft sich auf falsche Fakten: Eine auch öffentlich oft genannte Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern zur besseren Finanzierung von Schulen und Hochschulen existiert nämlich nicht. Beide gegen Krippen und Kindergärten auszuspielen ist fahrlässig und eine Ohrfeige für die Erzieherinnen und Erzieher, die für angemessene Arbeitsbedingungen und faire Bezahlung gekämpft haben. Nur gut ausgebildete, anständig bezahlte und nicht überlastete Erzieherinnen und Erzieher können dem hohen Anspruch an ihren Beruf gerecht werden. Dass wir in Niedersachsen die Krippen stärken, ist auch aus diesen Gründen eine absolut richtige Entscheidung.

Drei Sitzungswochen im Juni und Juli liegen noch vor der parlamentarischen Sommerpause. Neben den öffentlichen Debatten zum BND-Skandal und der Einleitung eines EU-Verfahrens gegen die PKW-Maut läuft auch die Sacharbeit weiter. So werde ich diesen Monat u.a. eine Rede zu einem Streitschlichtungsgesetz halten. Wir wollen dafür Sorge tragen, dass weniger Verbraucher wegen hoher Verfahrenskosten von der Durchsetzung ihrer Rechte Abstand nehmen und ihnen ein effektives Mittel an die Hand geben. Kein Thema der großen Öffentlichkeit – aber ein wichtiger sozialdemokratischer Schritt.

Die Wochen im Juli und August werde ich dann wieder im Wahlkreis unterwegs sein – habt ihr interessante Besuchsvorschläge? Dann meldet euch bei meinem Wahlkreisbüro.

Ever Dohs

BAHNHALTEPUNKT FÜR APEN

Hoffnung auf Bahnanbindung für Apen ist realistisch

Apen hat gute Aussichten, mittel- bis langfristig einen Bahnhaltepunkt zu bekommen. Dies gab das Niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im Mai bekannt. Für die Bürgerinnen und Bürger wäre das eine große Verbesserung der Lebensqualität. Ohne Auto ist es gerade für Ältere oder Menschen mit Behinderungen oft schwierig, die Aufgaben des täglichen Lebens selbstbestimmt zu bewältigen. Eine gute, komfortable Bahnanbindung ist unverzichtbar.

Deswegen begrüße ich die Nachricht aus dem niedersächsischen Wirtschaftsministerium ausdrücklich. Um die Voraussetzungen zu erfüllen und den Bahnhaltepunkt auch zu realisieren, müssen nun

Bund, Land und Kommune weiter eng zusammenarbeiten. Für Gespräche über eine schnelle Umsetzung stehe ich jederzeit zur Verfügung.

Die Einschätzung des Wirtschaftsministeriums beruht auf einer Analyse der Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG). Dabei wurde insgesamt 21 Orten eine gute Chance bescheinigt, einen Bahnhaltepunkt zu bekommen – darunter Apen. Niedersachsens Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) erklärte dazu, das Land sei bereit, 75 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten zu übernehmen.

Ein Bahnhaltepunkt für Apen wäre eine konsequente Aufwertung der Strecke. Denn auch in Augustfehn

nutzen bereits viele Pendler die Bahn. Dort werden die Bahnsteige im Rahmen des Programms „Niedersachsen ist am Zug III“ erneuert und mit Beleuchtung ausgestattet. Ich bin froh, dass von dieser Zugkraft jetzt auch Apen profitieren soll. So geht Zukunft!



CÄCILIEBRÜCKE ERHALTEN

Verkehrsminister sichert örtlichen MdBs Prüfung zu

Nach einem gemeinsamen Schreiben von mir und meinen MdB-Kollegen von CDU und Grünen lässt das Bundesverkehrsministerium nun von einem neutralen Gutachter prüfen, ob die Cäcilienbrücke doch noch erhalten werden kann. Das Wasser- und Schifffahrtsamt (WSA) Bremen ist gegen eine Renovierung. Es möchte die sanierungsbedürftige Cäcilienbrücke abreißen und als Neubau rekonstruieren. Das widerspricht dem Wunsch der Oldenburger Bürgerinnen und Bürger. Ihnen liegt die Brücke als Wahrzeichen der Stadt besonders am Herzen. Viele Oldenburger wollen die denkmalgeschützte Cäcilienbrücke in ihrer jetzigen Form erhalten.

Eine Instandsetzung des gesamten Bauwerkes wird vom Wasser- und Schifffahrtsamt Bremen aktuell nicht mehr in Betracht gezogen, da ein vom Schifffahrtsamt in Auftrag gegebenes Gutachten für eine Sanierung Kosten in Höhe von 17 Millionen Euro errechnet hat. Die

Oldenburger Architekten Angelis und Brick schätzen in ihrem Gutachten die Kosten für eine Instandsetzung allerdings erheblich niedriger

ein. Ich bin gespannt auf das Ergebnis der Prüfung und hoffe, dass die Brücke erhalten bleibt.





1. Mai - Bei der Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes auf dem Rathausplatz mit den Oldenburger Genossinnen und Genossen.



5. Mai - Zum Gespräch beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe mit dessen Präsident Voßkuhle (2. v. l.) und Vizepräsident Kirchhof (4. v. l.).



11. Mai - Besichtigung der Umbautätigkeiten für den Einzug der 1. Panzerdivision in der Henning-von-Tresckow-Kaserne mit Oberst Axel Hermeling.



11. Mai - Besuch bei der Aalräucherei Baade in Wiefelstede - mit Firmengründer Wilfried Baade in der Betriebsküche.



12. Mai - Diskussionsrunde mit Jugendlichen des 9. und 10. Jahrgangs der Oberschule Wiefelstede anlässlich des Europatages.



12. Mai - Besichtigung des Galerieholländers in Ekmern mit den Mitgliedern des Mühlenvereins Ekmern anlässlich des Deutschen Mühlentages.



13. Mai - Besuch der Flüchtlingsunterkunft an der Alexanderstraße in Oldenburg mit Leiterin Jutta Egbert-Ankerne.



13. Mai - Gespräch bei der Oldenburgischen Landschaft mit deren Präsident Thomas Kossendey und Geschäftsführer Dr. Michael Brandt.

MIETPREISBREMSE

Weil sagt Prüfung in Niedersachsen zu

Vor kurzem hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe einen Eilantrag gegen das Bestellerprinzip im Maklerrecht abgewiesen. In Zukunft sollen Wohnungssuchende den Makler nur noch bezahlen müssen, wenn sie ihn auch beauftragt haben. Damit ist die Neuregelung pünktlich zum 1. Juni in Kraft getreten.

Das ist ein gutes Signal für die Wohnungssuchenden in Oldenburg. Das Bestellerprinzip ist einfach, marktwirtschaftlich und fair: Wer bestellt, der bezahlt. Zudem werden so die meisten Makler, die sich rechtstreuen verhalten, vor den schwarzen Schafen in ihrer Branche geschützt.

Positiv ist auch, dass das Land Niedersachsen die Einführung der Mietpreisbremse prüft. Dies

hat mir Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) in einem Brief zugesichert. Nach Erstellung eines Fachgutachtens und dem Austausch mit Städten und Gemeinden soll die Ausfertigung der Mietpreisbremsen-Verordnung durch die Landesregierung so bald wie möglich erfolgen.



VORANKÜNDIGUNG:

MEDIZINISCHE VERSORGUNG

Über die medizinische Versorgung auf dem Land diskutiere ich am Mittwoch, den **8. Juli 2015, ab 19 Uhr im „Ohrweger Krug“ in Bad Zwischenahn** mit folgenden Podiumsgästen:

Holger Ansmann MdL als Vorsitzendem des Sozialausschusses im Niedersächsischen Landtag,

Helmut Scherbeitz von der Kassenärztlichen Vereinigung,

Medizinstudent Lars Christians sowie Bürgermeister Matthias Huber aus Apen und weiteren Impulsgebern aus dem Bereich der Medizin.

Welche Wege zum Arzt gelten als zumutbar? Oder ist die Entfernung schon eine Zumutung? Wer zu diesen und anderen Fragen mitdiskutieren möchte, meldet sich bitte an unter wahlkreis@dennis-rohde.de oder per Telefon unter 0441 - 99867601

PKW-MAUT

EU-Kommission klärt Vertragsverletzung

Es war absehbar: Die EU-Kommission will wegen der Pkw-Maut ein Vertragsverletzungsverfahren eröffnen. Verkehrsminister Dobrindts Hüter von der CSU sind schnell in Stellung gegangen und poltern durch die Medien mit der gekünstelten Empörung, die man von der CSU ja gewohnt ist. Ich hatte von Beginn an dem Zweifel an dem Gesetz und begrüße die Klärung durch die EU deswegen.

In Bayern verbittet man sich nun öffentlich die „Einmischung der EU“. Aber auf die Abermillionen Euro Fördergelder, die der Freistaat jährlich von der EU abschöpft, möchte man natürlich nicht verzichten. Diese „Einmischung“ seitens der EU wird gern genommen. Mal wieder hat die CDU ihre kleine Schwesterpartei nicht im Griff.

Eine weitere Wahrheit gehört übrigens in die aktuelle Debatte um die Überprüfung der EU-Rechtskonformität der Pkw-Maut auch noch dazu:

„Mit mir wird es keine Pkw-Maut geben.“ (Dr. Angela Merkel, Bundeskanzlerin, 01.09.2013).



DIREKT GEWÄHLT -

DIREKT ANSPRECHBAR!

Berliner Büro

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: 030 - 227 72 800

Fax: 030 - 227 76 800

eMail: dennis.rohde@bundestag.de

Wahlkreisbüro Oldenburg

Postanschrift:
Dennis Rohde MdB
Huntestraße 23
26135 Oldenburg

Telefon: 0441 - 99 86 76 01

Fax: 0441 - 99 86 76 05

eMail: wahlkreis@dennis-rohde.de

www.dennis-rohde.de
facebook.com/dennis.rohde
twitter.com/dennisrohde